



Dr. Ernst Dieter Rossmann

Mitglied des Deutschen Bundestages
Platz der Republik, 11011 Berlin

 (030) 227-73447

 (030) 227-76318

 ernst-dieter.rossmann@bundestag.de
www.ernst-dieter-rossmann.de

Pressemitteilung

30.06.06

Ein Gewinn für die Hochschulen Rossmann stimmt Föderalismusreform zu

(Berlin) Eine der größten Verfassungsreformen der Bundesrepublik wurde heute nach langwierigen intensiven Fachgesprächen und Verhandlungen im Bundestag beschlossen. Der Kreis Pinneberger SPD-Bundestagsabgeordnete Dr. Ernst Dieter Rossmann war im gesamten Prozess der Beratungen sowohl als Fachpolitiker für Bildungsfragen wie auch als Fraktionsvorstandsmitglied mit gefordert. Rossmann: „Wir haben als SPD-Bundestagsfraktion mit großem Einsatz und bis zum Schluss für Verbesserungen gekämpft. Auch wenn nicht alles gegenüber der CDU/CSU und den meisten Ländern durchgesetzt werden konnte, freue ich mich, dass wir die gemeinsame Förderung von Lehre und Forschung an den Hochschulen ermöglicht haben. Bund und Länder können somit gemeinsam den dringend notwendigen Hochschulpakt auf den Weg bringen, um eine qualitativ hochwertige akademische Ausbildung in

ganz Deutschland zu gewährleisten und den erwarteten Ansturm von Studierenden in den kommenden Jahren erfolgreich zu bewältigen. Unsere internationale Wettbewerbsfähigkeit um die klügsten Köpfe wird davon profitieren.“

Rossmann bedauert allerdings sehr, dass eine Kooperation zwischen Bund und Ländern im Schulbereich in Zukunft nicht mehr möglich sein wird. Das Vier-Milliarden-Euro-Ganztagschulprogramm des Bundes habe in überzeugender Weise gezeigt, wie sinnvoll die Unterstützung des Bundes im Schulbereich sein kann, um benachteiligte Schülerinnen und Schülern mehr zu fördern und das Bildungsniveau flächendeckend in unserem Land anzuheben. Rossmann: „Meine Zustimmung zur Reform der bundesstaatlichen Ordnung verbinde ich deshalb mit der Erwartung, dass dieser weltweit einzigartige Ausschluss der Kooperation nach vier Jahren vor dem Hintergrund der gemachten Erfahrungen überprüft wird.“

Entscheidend für den Kreis Pinneberger SPD-Bundestagsabgeordneten war letztlich, dass das Reformwerk der klareren Zuordnung der politischen Verantwortlichkeiten zwischen Bund und Ländern in seiner Gesamtheit sinnvoll und wegweisend ist. Gleichzeitig tritt Rossmann sehr engagiert dafür ein, den solidarischen Föderalismus als Fundament der Erfolgsgeschichte unseres Landes nicht aufzugeben. Rossmann: „Der Verfall in einen Wettbewerbsföderalismus, der die gesamtstaatliche und gesamtgesellschaftliche Solidarität außer Acht lässt, wäre schädlich für die Zukunft Deutschlands. Die Länder stehen jetzt zusammen mit dem Bund umso mehr in der Verantwortung, das Prinzip der Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse im ganzen

Land weiterhin zu achten und die Solidarität auszubauen.“